



Die Offene Linke im
Ansbacher Stadtrat
Boris-André Meyer

Herrn Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder

Platz der Republik 1

10011 Berlin

--per E-Mail--

Ansbach, 05.11.2013

US-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland; hier: Missbrauch von Militärbasen der US-Armee auf deutschem Boden zu Abhörzwecken durch den Geheimdienst NSA

Sehr geehrte Herr Fraktionsvorsitzer Kauder,

die Spionage von US-Geheimdiensten gegen staatliche Organe der Bundesrepublik und deutsche Wirtschaftsunternehmen sowie das Abhören von Millionen Bürgerinnen und Bürgern hat die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten in eine tiefe Vertrauenskrise gestürzt.

Vordringliche Aufgabe der Bundespolitik ist es nun, für lückenlose Aufklärung zu sorgen und künftig die Souveränität unseres Landes gegenüber Geheimdiensten besser zu schützen.

Der ehemalige NSA-Mitarbeiter Edward Snowden hat bereits im Sommer Militärbasen der US-Armee in Europa als zentrale Einrichtungen für Abhöraktionen benannt. Laut Medienberichten erachten auch Geheimdienstexperten wie Erich Schmidt-Eenboom oder Dr. Sandro Gaycken den Missbrauch von US-Armeestützpunkten durch die NSA als „sehr wahrscheinlich“.

Als Stadtrat der Stadt Ansbach, in der die Bundesrepublik der US-Armee ebenfalls Militärstandorte zur Nutzung überlassen hat, kann ich Ihnen mitteilen, dass öffentlich geäußerte Vermutungen, die NSA betreibe auch hier Abhöreinrichtungen, bislang nicht dementiert wurden.

Ich bitte Sie daher, im Rahmen der Bemühungen des Deutschen Bundestags um Aufklärung in der Spionageaffäre verstärkt die Rolle der US-Militärbasen auf deutschem Boden mit einzubeziehen. Im Gegensatz zur US-Botschaft in Berlin, von wo aus offenbar Mitglieder der Bundesregierung und des Parlaments ausgespäht wurden, handelt es sich bei den Militäreinrichtungen nicht um exterritoriales Gebiet, sondern um Flächen des Bundes. Eine aktive Aufklärung und Beendigung etwaiger Rechtsbrüche kann dort somit erfolgen.

Sollte der Verdacht der Spionage von US-Militärbasen in Deutschland aus nicht ausgeräumt oder dauerhaft behoben werden können, so ist der Deutsche Bundestag in der Pflicht, die Stationierungsverträge mit den Vereinigten Staaten ernsthaft auf den Prüfstand zu stellen. Es darf nicht sein, dass die Stationierung der US-Armee, die vertragsgemäß „der Landesverteidigung der Bundesrepublik“ dienen soll tatsächlich zu Spionageattacken gegen Deutschland benutzt wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie auf den Vorschlag von Herrn MdEP Manfred Weber (CSU) hinweisen, der zur Wiederherstellung der staatlichen Souveränität Deutschlands nach der NSA-Affäre explizit die einseitige Kündigung bilateraler Abkommen mit den USA empfohlen hat. Für den wirksamen Schutz vor Spionage sind bundesdeutsche Gesetze potenziell gefährdende Abkommen wie etwa der Safe-Harbor-Pakt bis hin zu den Stationierungsverträgen dringend auf Sinn und Nutzen zu überprüfen. Auch eine Kündigung sollte hierbei kein Tabu sein.

Für Ihren Einsatz für Aufklärung des Spionageskandals und für einen wirksamen Schutz der Bevölkerung und ihrer politischen Vertretung vor Ausspähung durch Geheimdienste danke ich Ihnen bereits heute und verbleibe

Mit freundlichen Grüßen

gez. Boris-André Meyer, Stadtrat

--obiges Schreiben erhalten ebenfalls die weiteren Fraktionsvorsitzenden des Deutschen Bundestags--

Medienverweise:

Der Spiegel, 18.07.2013 : <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/nsa-nutzt-neues-abhoerzentrum-in-wiesbaden-a-911811.html>

Deutsche Welle, 03.08.2013 : <http://www.dw.de/nsa-schn%C3%BCffeln-vom-us-st%C3%BCtzpunkt/a-16995442>

Der Spiegel, 29.10.2013 : <http://www.spiegel.de/politik/ausland/csu-politiker-weber-will-safe-harbor-pakt-mit-washington-kuendigen-a-930493.html#js-article-comments-box-pager>